**Abonnementspreis**
in Bielefeld, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 1,20 Mk. vierteljährlich; durch die Post bezogen 1,80 Mk.
Einzelnummer 10 Pfennig.

Erscheint wöchentlich sechsmal als Abendzeitung.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Hoffmann in Bielefeld.

# Volkswacht

## Organ für das arbeitende Volk.

Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße 20.

**Insertionspreis**
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 12 Pfg.
Bei größeren Aufträgen und Wiederholungen Rabatt.

Annoncen-Annahme bis 10 Uhr vormittags.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht“ Schumann & Co., Bielefeld.

**Nr. 233.** **Bielefeld, Montag, 5. Oktober 1896.** **7. Jahrgang.**

## Anträge zum Parteitag.

(Schluß.)

### Parlamentarisches.

68. Parteigenossen in Striegau: Die Reichstags-Fraktion hat einen Antrag einzubringen, der die Herabsetzung der Altersgrenze bei der Alters- und Invaliden-Versicherung bezweckt. Desgleichen einen weiteren Antrag, der verlangt, daß sämtliche aus Unfällen entstehende Kosten vom Tage des Unfalls an den Berufsgenossenschaften zur Last fallen.

69. Parteigenossen in Sangerhausen: Die Reichstags-Fraktion zu beauftragen, bei Beratung der Alters- und Invaliditäts-Versicherungs-Novelle zu beantragen, daß die Altersgrenze bei der Altersrente auf 60 Jahre herabgesetzt werde, sowie daß der Nachweis der Beschäftigung vor dem Inkrafttreten des Gesetzes in Wegfall kommt. — Ferner, daß die Invalidenrente gezahlt wird, wenn sich die Erwerbsfähigkeit um 25 pZt. vermindert hat, sowie wenn eine weitere Verminderung der Erwerbsfähigkeit eingetreten ist, daß dann die Rente um so viel Prozente erhöht wird, als sich die Erwerbsfähigkeit vermindert hat. Die Vollrente soll 75 pZt. des bei völliger Erwerbsfähigkeit erzielten Lohnes betragen.

70. Parteigenossen in Krefeld: Die Fraktion hat im Reichstag zu beantragen: Es besteht keinerlei Kündigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, gleichviel welcher Branche.

71. Parteigenossen des Kreises Zauch-Belzig-Luckenwalde-Jüterbog: Die Reichstagsfraktion soll dahin wirken, daß die Bundesrats-Verordnung vom 1. Januar 1894 (die verlängerte Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ziegeleien) § 139a der Reichs-Gewerbe-Ordnung betreffend, nicht erneuert wird.

72. Parteigenossen in Elberfeld: Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages wird beauftragt, alljährlich einen Antrag auf Einführung des Achtstundentages und die Beseitigung der mittelalterlich-reaktionären Gesinde-Ordnungen einzubringen.

### Resolutionen.

73. Parteigenossen des 5. und 6. sächsischen Reichstags-Wahlkreises: Die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage wird beauftragt, aus ihrer Mitte einen ständigen Ausschuß für Arbeiterschutz-Gesetzgebung zu wählen. Dieser Ausschuß hat im besonderen die vom Parteitag bezüglich der Erringung des Achtstundentages gefaßten Beschlüsse auszuführen. Der Ausschuß für Arbeiterschutz-Gesetzgebung hat für die Ausarbeitung und Einbringung der einschlägigen gesetzgeberischen Anträge im Reichstage, sowie, im Einverständnis mit den respektiven Spezialvertretungen, in den Landtagen und in den Stadtverwaltungen, zu sorgen. — Der Ausschuß entwirft den allgemeinen Agitationsplan für den Achtstundentag und verschafft die nötigen rednerischen Kräfte. Er veröffentlicht Broschüren, Flugblätter und bedient sich des „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“, um durch Artikel und Notizen die Erörterung der einschlägigen Fragen zu fördern und der Parteipresse Agitationsmaterial zu verschaffen. Besonders ist auf die Verarbeitung des bereits vorhandenen Materials über Arbeitszeit, Lohn, Hausindustrie und die sonstigen Arbeiterverhältnisse in Deutschland zu achten und die periodisch amtliche Statistik zu verfolgen. Auch sind die Ergebnisse der ausländischen Veröffentlichungen über Arbeiterverhältnisse, gewerkschaftlichen Kampf und sozialpolitische Maßnahmen der Parteipresse zugänglich zu machen. — Der Ausschuß hat sich durch Vermittelung der Gewerkschaften und der Parteipresse Material über die Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetze und die Fabrikinspektion resp. die Zustände in den Fabriken und Werkstätten zu verschaffen, dieses Material zu sichten, zu revidieren und parlamentarisch zu verwerten. — Dem nächsten Parteitag hat der Ausschuß Rechenschaft abzulegen von seiner Thätigkeit und Bericht zu erstatten über den Stand der Arbeiterschutz-Gesetzgebung und die Achtstunden-Bewegung.

74. Parteigenossen des Wahlkreises Merseburg-Querfurt: Meinungsverschiedenheiten der Genossen untereinander, die in der Presse zum Austrag kommen, dürfen nicht in einem Tone geführt werden, der persönlich verletzend wirkt, da nur die Polemik der Partei förderlich ist, die in ruhiger sachlicher Weise geführt wird.

75. Genosse Steinigans in Solingen: Der Gothaer Parteitag erkennt den Beschluß des sozialistischen Kongresses in London in betreff der Feststellung des schulpflichtigen Alters auf 16 Jahre für richtig an und beschließt, auch in Deutschland mit allen Kräften nach diesem Ziele hinzustreben. Da sich indessen der unvermittelten Einführung eines diesbezüglichen Gesetzes Schwierigkeiten in den Weg stellen würden, so stellt die sozialdemokratische Partei als vorläufige Forderung die Einführung der obligatorischen Fortbildungsschule für Knaben und Mädchen bis zum vollendeten 16. Jahre auf. Die Unterrichtsstunden dürfen jedoch nicht nach den Arbeitsstunden, sondern müssen während der Arbeitsstunden stattfinden. Der Parteitag legt unseren Vertretern in den gesetzgebenden Körperschaften, sei es des Reichstages, sei es der Landtage oder der Gemeindevertretung, die Pflicht auf, für diese Forderung mit aller Energie einzutreten.

76. Von dem Genossen Petzold in Breslau: Allen Parteigenossen, denen die freiheitliche Erziehung der Jugend am Herzen liegt, wird empfohlen, die hierzu erforderlichen und gesetzlich erlaubten Schritte (Austritt aus der Kirche usw.) zu veranlassen.

77. Parteigenossen des Kreises Delitzsch-Bitterfeld. Der Kreistag des Delitzsch-Bitterfelder Wahlkreises, welcher am 13. September in Delitzsch stattfand, stellt hiermit der deutschen Delegation des Internationalen Kongresses in London ein Vertrauensvotum aus für die von derselben eingebrachte Resolution, welche die fernere Teilnahme der Anarchisten an sozialistischen Kongressen unmöglich macht.

78. Parteigenossen in Karlsruhe, Kiel und des vierten sächsischen Reichstags-Wahlkreises: In Erwägung, daß eine Einführung des gesetzlichen Achtuhr-Ladenschlusses nicht nur für die im Handelsgewerbe Angestellten allein, sondern für die gesamte Arbeiterschaft ganz bedeutende Vorteile mit sich bringen würde, erachten wir, daß der diesjährige Parteitag in Gotha sich mit den Vorschlägen der Reichs-Kommission für Arbeiterstatistik beschäftigt und die Genossen aller Orte verpflichtet werden, die im Handelsgewerbe Angestellten im Kampfe um den Achtuhr-Ladenschluß zu unterstützen und selbst thatkräftig in die Agitation einzutreten.

79. Parteigenossen des 5. und 6. sächsischen Reichstagswahlkreises:

Der industrielle Aufschwung, der jetzt in der Steigerung der deutschen Ausfuhr und der raschen Erweiterung der Produktion durch neue Gründungen zum Ausdruck kommt, ist zwar, wie die Prosperitätsperiode der 70er Jahre, nur der Vorläufer der großen Handelskrise, er führt aber für die nächste Zeit zu großen Anhäufungen von Kapital, zur Steigerung der kapitalistischen Profite und zu gleicher Zeit damit zur größeren produktiven Anspannung der Arbeiterklasse, die dem Kapital die Reichtümer zu verschaffen hat. Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, diese wirtschaftliche Situation dazu auszunutzen, um den Arbeitern, anstatt verschärfter Ausbeutung, verkürzte Arbeitszeit und erhöhte Arbeitslöhne zu erringen.

Der Parteitag hält den Zeitpunkt für geeignet, um eine allgemeine Agitation für den gesetzlichen achtstündigen Normalarbeitstag zu eröffnen.

Die Erringung des Achtstundentages ist undenkbar, ohne gleichzeitiges Zusammenwirken der Gewerkschaften und der politischen Arbeiterpartei. Deshalb verweist der Parteitag die sozialdemokratischen Arbeiter auf ihre Pflicht, sich den gewerkschaftlichen Organisationen anzuschließen und für die Füllung der Streikkassen zu sorgen.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird beauftragt, einen Gesetzentwurf bezüglich Einführung des Achtstundentages möglichst schon zu Beginn der Wintersession im Reichstage einzubringen. Zugleich sollen besondere Anträge gestellt werden um Einführung des Achtstundentages in der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung, bei den Reichseisenbahnen, auf den Marinewerften, in der Reichsdruckerei, in sämtlichen Militärwerkstätten. Ferner soll beantragt werden, daß die Militärverwaltung und alle anderen unter Kontrolle des Reichs stehenden Betriebsverwaltungen nur mit solchen Unternehmern Geschäftsverträge abzuschließen haben, welche ihren Arbeitern den achtstündigen Arbeitstag gewähren.

Desgleichen sollen in allen Landtagen, in denen es eine sozialdemokratische Vertretung giebt, Anträge gestellt werden auf Einführung des Achtstundentages in den Staatsbetrieben und

---

## Der Creole.

9

Die aufgehende Sonne glühte, wie ein Eisenballen, der aus dem Ofen des Schmiedes hervorgeht. Kupferfarbene Wolken brannten einzeln am bleichen Himmel, wie ungeheure Feuerkugeln, die in den rasenden Wogenschwall niederzustürzen drohten. Das Erbrausen des weit umher kochenden Meeres, das schneidende Pfeifen und Heulen der Winde im Tau- und Takelwerk, das Getümmel und Rufen der Schiffleute, deren keiner den andern verstand, das Knarren der Maste, das Geprassel der Kettenpumpe betäubte die Ohren.

Mit verstörten Mienen standen die Reisenden schweigend umher, an Stricken und Barren festgeklammert, um nicht bei einem Wurf des Schiffes über Bord zu fliegen, oder von einer überschlagenden Welle weggespült zu werden. Einige starrten gedankenlos in die lärmende Wogenschlacht hinab; andere schrieen betend und doch kaum hörbar ihren Rosenkranz her. Selbst Signora Rosa di Centi hatte des wichtigen Schleiers vergessen. Sie saß in einer Vertiefung auf den Stufen einer kleinen Treppe, unterstützt von ihren beiden Bedienten, und selbst über den jungen Cecchino hingebeugt, der, den Kopf auf ihren Schoos gelehnt, das Gesicht verbarg. Ohnfern davon stand Sir Down und Herr Fortunatus, jeder sich an Seilen haltend und her und hin schwankend. Beide betrachteten das grauenhafte Schauspiel der aufrührerischen Elemente mit scheinbarer Ruhe, indem sie einander den Rücken zuwandten, als könne selbst der drohende Untergang ihre gegenseitige Abneigung nicht ändern.

Die Matrosen zogen betend das Bild einer Mutter Gottes am Hauptmast auf, wie das letzte aller Mittel zur Rettung. Sturm und Wellen schwollen. Die Austria schnitt von Zeit zu Zeit zwischen zwei finstere hohe Wogen, wie zwischen zwei finstere Hügel, ein, daß der Himmel nur einen langen, schmalen Streif von sich zeigte. Dann wieder hob sie sich, wie von einer Riesenfaust emporgelüpft, hoch über das weißschäumende Meer, welches einem vom Erdbeben umhergeworfenen Schneefelde glich; und eben so jählings glitt sie wieder in ein schwarzes Wogenthal hinunter, als wollte sie den nie erblickten Boden des Ozeans suchen.

Ein Windsturm brach zersplitternd den Hintermast, der das Takelwerk des Hauptmastes zerriß und nach sich zog. Das Gewicht dieser Masse, die über Bord fiel, drückte das Fahrzeug auf eine Seite so tief, daß der Umsturz desselben erfolgen mußte. Die Matrosen, von Arbeit oder Todesangst erschöpft, beteten nur. Befehle wurden nicht mehr weder gehört, noch erteilt. Selbst Lorenzo Bosich stand, vom Schrecken betäubt, wie von Gott und Welt verlassen. Erst als ihn mehrere Reisende mit Fäusten packten und zur gefahrvollen Stelle schleppten, wurden Anstalten zur Abhilfe getroffen und die Seile abgeschnitten. Der Mastbaum stürzte ins Wasser, aber zerschellte im Fallen das Steuerruder. Nun erst war die Austria dem wilden Spiel der Wogen und Winde vollkommen überliefert.

„Signor Lorenzo!“ rief Fortunatus: „das heißt mir allzu gewissenhaft Wort gehalten. Sie lassen uns ohne Barmherzigkeit mit Sack und Pack im Gasthause Neptuns zu Nacht speisen, oder verspeist werden.“

„Hol's der Teufel und helfe uns die liebe, heilige Jungfrau!“ schrie der würdige Kapitän: „Wir sind nicht weit von der Küste, und der Wind treibt gerade dem festen Lande zu. Sieht uns Gott mit allen Heiligen nicht in Gnaden an, sind wir in wenigen Stunden Kinder des Todes.“

In der That zeigte sich von fern ein langer, dunkler Streifen zwischen Meer und Himmel. Er schwamm düster über dem Wasser, und schwoll merklich mit jeder Viertelstunde an.

Wie das Land deutlicher wurde, taumelte der Kapitän in die Kajüte hinab. Nach geraumer Zeit kehrte er mit Buch und Karte wieder; las bald, bald warf er die Augen nach allen Richtungen umher, und sagte endlich mit bebender Stimme: „Meine Herren, wir sind verloren. Bald werden wir die Klippen sehen, wo binnen drei Jahren schon vier Schiffe scheiterten und bei zweihundert Menschen umkamen.“ Dies gesagt, zog er seinen braunen Ueberrock aus und schleuderte ihn über Bord ins Meer.

„Angenehme Nachrichten für uns!“ sagte der Schweizer, und sah dabei den Engländer an, der sich ebenfalls, nach dem Beispiel des Kapitäns, entkleidete. Allgemeines, klägliches Geschrei stieg nun durch das eintönige Sausen des Sturms und der Wogen himmelan, oder vielmehr nur allernächst zum Bilde der Gottesmutter oben am Mastbaum. Der Himmel aber blieb taub, wie das Bild. Signor Bosich ermahnte mit weinenden Augen die Schiffsgenossen, Gottes Erbarmen um Vergebung der Sünden und um ein seliges Ende anzuflehen. Doch niemand hörte auf seine Rede. Die einen hielten mit bleichen Gesichtern Segelstangen, Bretter und Balken umarmt, um durch dieselben dem Tode zu entgehen; die andern lagen in starrem Entsetzen mit gefalteten Händen da, das Angesicht auf dem Boden. Wieder andere, welche ans Schwimmen dachten, entkleideten sich bis aufs Hemd. Noch andere lagen mit hochgehobenen Händen auf den Knieen.

„God dam!“ schrie der Engländer: „Hier neben mir betet wahrhaftig noch ein Kerl mit guter Eßlust sein Tischgebet um gesegnete Mahlzeit. Sorge doch nicht, Du Armen-Sünder-Gesicht; es wird den Gästen nicht an Hunger fehlen, die uns verschmausen sollen!“

Fortunatus wendete dem Beiten das Gesicht entgegen und sagte: „Lassen Sie ihn gewähren, Sir Down. Seine Seele klammert sich an das unzeitige Tischgebet, wie wir uns im Wasser bald an Strohhalme klammern werden. Sagen Sie mir, wie steht es bei Ihnen? Gehen Sie ruhig aus dieser Welt?“

— Wäre ich endlich nur schon hinaus. Ich war von jeher den feierlichquälenden Vorbereitungen bei Hinrichtungen feind, und ich wüßte Ihnen Dank, wenn Sie mich, statt des Bäumchens im Olivenwald — nun, die Genugthuung bleibe ich Ihnen schuldig; drüben also im Paradiese mehr davon. —

„Also machen Sie mir noch in der andern Welt den Krieg? Sprechen wir im Angesicht des Todes offen. Ich hätte gern um Ihre Freundschaft geworben. Warum wiesen Sie mich immer ab?“

— Ihre Mutter war ohne Zweifel eine wissenslustige Frau, daß den Sohn noch im Sterben die Neugier plagt. Wohlan, wir taugten beide, wie Stahl und Stein, zusammen, drum gab's Feuer zwischen uns. Sie sind ein Ehrenmann, meinethalben mögen Sie ganz liebenswürdig sein. Auf der Austria spielten Sie die erste Rolle, und wie klein auch dies wackelnde Theater war, es war immer etwas! Ich aber, nichts für ungut, konnte Ihre werte Person nicht ausstehen. —

(Fortsetzung folgt.)

ement G. Bansmann
nbacher Bierhalle,
r. 11. Marktstr. 11.
ert und Variété.
e und folgende Tage:
ßes Konzert
der weltberühmten
Tiroler
rtsänger-Gesellschaft
chner u. Alex Hepperger
dem Unter-Inntale,
aus 8 Personen (5 Damen
und 3 Herren)
em Nationalkostüm.
Mehrere Kunstscheine.)
g abends 8 Uhr.
Sonn- und Feiertagen
ei Konzerte
1/2 Uhr, 4 bis 7 1/2 Uhr,
8 bis 11 Uhr.
ladet freundlichst ein
G. Bansmann.

aschinen u. Oefen,
d fein emailliert, sämtliche
s- und Küchen-
geräte,
zu billigsten Preisen unter
[2262
Bartling, Welle 20.

eizer
ekerwall 8.
berei und
anstalt
roben jedert Art,
Decken etc.
tir-Anstalt.

auf!
Umzug von Am Nieder-
. 30 nach
Niederwall 14b
Herrn Maler Stecker)
zu bedeutend ermäßig-
ifen:
en aller Art,
ämtliche Goldwaren,
Trauringe, Broschen,
e 2c., sowie Brillen und
Sachen zu billigen
uraturen an Uhren
in kurzer Zeit ausgeführt
o jeder Reparaturpreis im
angegeben. Für neue
sowie für Reparaturen
arantie. Jede nicht gut
Uhr nehme innerhalb 14
etour.
Der Ausverkauf dauert
z 1. Dezember.
Bedarf halte mich bestens
en und lohnt es sich der
der billigen Ausverkaufs-
hrzunehmen. Jeder Teil

agner,
Goldarbeiter.
bei Herrn W. Hollweg, gegenüber
der Gastwirtschaft von Bitter.

in den mit dem Staat in geschäftlicher Verbindung stehenden Privatunternehmungen. Besonders sollen dabei die Eisenbahnarbeiter berücksichtigt werden. Aehnliche Anträge sollen in den Staats-Verwaltungskörperschaften resp. Gemeinderäten eingebracht werden.

Es soll mit aller Energie die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter der Gemeinde- und Staatsbetriebe erstrebt werden.

Es ist zugleich, um den gesetzgeberischen Vorschlägen Nachdruck zu verschaffen, eine planmäßige Propaganda durch öffentliche Versammlungen und in der Presse zu entwickeln. Es sollen Agitationstouren der bekannten Redner veranstaltet und Flugblätter herausgegeben werden. Neben der parlamentarischen Aktion muß bei dieser Agitation mit Nachdruck auf die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes hingewiesen werden.

Im Falle der Auflösung des Reichstags soll der gesetzliche achtstündige Normal-Arbeitstag zur Losung für die kommenden Reichstagswahlen gemacht werden.

Der Parteitag empfiehlt, bei allen Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern die Reduktion der Arbeitszeit besonders zu berücksichtigen und sie bei allen Streiks unter die Arbeiterforderungen mit aufzunehmen.

## Politische Uebersicht.

Bielefeld, 5. Oktober.

— **Sie schreien.** Die unermüdlichen Agrarier sind wahrlich zu beneiden, ob ihres Genies, immer neue „große" und „kleine" Mittel, die der Landwirtschaft helfen sollen, aufzufinden. Das Neueste auf diesem Gebiete ist eine Erhöhung des Zolles auf Eier. Die Agrarier machen geltend, daß im vergangenen Jahre 835 650 Doppelzentner Eier, im Werte von ungefähr 75½ Millionen Mark in Deutschland eingeführt und nur 7719 Doppelzentner im Werte von ¾ Millionen Mark ausgeführt worden sind, während früher die Einfuhr weit geringer und die Ausfuhr erheblich größer gewesen ist. 1880 betrug z. B. die Einfuhr 154 390 Doppelzentner im Werte von 14½ Millionen Mark, die Ausfuhr 26 712 Doppelzentner im Werte von fast 3 Millionen Mark.

Was aber beweist diese Steigerung der Einfuhr von Eiern? Daß Deutschland heute viel mehr als vor 15 Jahren auf die Einfuhr angewiesen ist, um seinen Bedarf zu decken. Da kommen dann die Agrarier mit ihren alten Tendenz-Lügen. Sie glauben aus der Einfuhrziffer schließen zu dürfen, daß die deutsche Landwirtschaft gegen die ausländische Konkurrenz nicht genügend geschützt werde und deshalb nicht im stande sei, den Bedarf Deutschlands an Eiern zu befriedigen. Daß dies nicht zutrifft, geht schon daraus hervor, daß die Eierpreise heute nicht wesentlich niedriger sind, als vor 15 Jahren. Im Jahre 1880 wurden den Berechnungen des Statistischen Amtes für den Doppelzentner Eier bei der Einfuhr 94 M., bei der Ausfuhr 110 M. zu Grunde gelegt; für 1895 hat das Statistische Amt bei der Einfuhr 89 M., bei der Ausfuhr 99 M. als Wert pro Doppelzentner angenommen. Rechnet man 1630 Stück auf einen Doppelzentner, so ist 1880 bei der Einfuhr das Ei mit nicht ganz 5,7 Pfg., 1895 mit nicht ganz 5,4 Pfg. bewertet worden.

Die „Frankf. Ztg." bemerkt dazu sehr richtig:

„Daß die Eierproduktion sich nicht gehoben hat und die Einfuhr immer mehr wächst, kann man auf mangelnden Zollschutz nicht zurückführen, wohl aber darauf, daß die deutsche Landwirtschaft den Wert der Eierproduktion noch immer nicht zur Genüge erkannt hat."

— **Für die Grundsätze eines absoluten Königsregiments** tritt die „Nordd. Allgem. Ztg." ein. Sie artikelt über die „Begnadigungsfrage" und erklärt, es gehen so viele Begnadigungsgesuche ein, daß das Staatsoberhaupt sich zu ihrer Bewältigung fremder Hilfe bedienen müsse. Aber obgleich sie anerkennt, daß die Begnadigungen als Regierungsakte zu ihrer Giltigkeit der Gegenzeichnung eines Ministers bedürfen und daß der Minister dadurch die Verantwortlichkeit für den Akt übernimmt, bestreitet sie dennoch der öffentlichen Meinung wie der Volksvertretung jedes Recht, jede Befugnis, die Ausübung der Gnade im Einzelfall der Kontrole und Erörterung zu unterwerfen. Das Staatsoberhaupt sei in der Ausübung des Begnadigungsrechts durch nichts behindert; entscheidend sei allein sein Wille. Ob, wann und wie der Souverän von diesem Recht Gebrauch macht, liege lediglich in seiner Hand.

Die „Voss. Ztg." meint dazu: „Es kann keine unglücklichere Taktik geben, als jede Begnadigung auf den persönlichen Willen des Trägers der Krone zurückzuführen. Damit zerrt man die Person des Herrschers in den Kampf des Tages, in das politische Getriebe, während der Herrscher nach der Verfassung unverantwortlich und unverletzlich sein soll. „Der König kann kein Unrecht thun", so lautet ein alter Rechtssatz. Das aber heißt, daß der König für etwa geschehenes Unrecht nicht selbst verantwortlich sein kann, sondern daß die Verantwortung auf seinen amtlichen Ratgeber, auf den Minister fällt."

Glaubt man, mit derartigen Auseinandersetzungen der monarchischen Autorität zu nützen? Die Taktik der „Voss. Ztg." ist nicht minder unglücklich, wie die des offiziösen Organs. Auch ein König kann Unrecht thun, und es ist tendenziöse liberal konstitutionelle Heuchelei, für Alles, was der König thut, grundsätzlich den Minister verantwortlich zu machen. Denn es sind doch wohl Fälle denkbar, wo der König aus eigener selbstständiger Entschließung heraus das Begnadigungsrecht gebraucht. So hinfällig der „Rechtssatz" ist, der König könne „kein Unrecht thun", so widersinnig ist es, als „Rechtssatz" zu proklamieren, der Minister sei für geschehenes Unrecht unter allen Umständen verantwortlich. Im ersten Falle begeht man den Unsinn, den König als ein Wesen übermenschlicher Art hinzustellen; im zweiten Falle macht man ihn zum unverantwortlichen Werkzeug seiner Ratgeber. Was gewinnt das monarchische Prinzip dabei?

Selbst die „National-Zeitung" hält die Ausführungen der „Nordd. Allgem. Ztg." für politisch verkehrt und für unzutreffend in konstitutioneller Beziehung. Und die freikonservativen „Berl. N. Nachr." empfehlen sogar in einer Kritik der Ausführungen der „Nordd. Allgem. Ztg." die Verweigerung des Justizbudgets als parlamentarische Antwort auf die Ablehnung einer Auskunftserteilung über Begnadigungen. Die Darlegungen derselben werde man trotz der Heranziehung von staatsrechtlichen und juristischen Autoritäten nicht für besonders glücklich erachten können, „denn es wird darin nicht unterschieden zwischen einem vereinzelten Gnadenakt und einer Anzahl solcher, in denen sich die Anwendung eines Systems bekundet. Liegt der letztere Fall vor, so ist allerdings die Volksvertretung berechtigt, darüber von dem verantwortlichen Minister Rechenschaft zu verlangen und eine vom lebendigen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit und von dem Mute ihrer Meinung geleitete parlamentarische Körperschaft würde die Ablehnung solcher Auskunfterteilung mit einer Verweigerung des Justizbudgets beantworten".

Das ist nun freilich eine Zumutung, bei welcher sich unseren „Staatserhaltenden" die Haare zu Berge sträuben werden!

## Deutsches Reich.

**Berlin,** 4. Okt. Vom nationalliberalen Parteitag, welcher mit Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfindet und zu dem nur Vertreter der nationalliberalen Presse zugelassen sind, berichtet die „Volks-Ztg.":

In der Sonnabend-Nachmittag-Sitzung wurde in die Spezialdiskussion über das Thema: „Die allgemeine Stellung der Partei" eingetreten. In derselben ergriffen u. a. das Wort Dr. Bueck (München), Dr. Osann (Arnstadt), Dr. Friedberg (Halle), Graf Oriola und Frhr. v. Heyl (Worms), die beiden letzteren als Mitunterzeichner des Antrags Kanitz auf dem rechten Flügel. Diese beiden vertraten ihren politischen Standpunkt und rechtfertigten ihre Stellung in der Partei. Dr. Sattler faßte in einem Resumee den Inhalt der Debatte knapp zusammen.

Nach siebenstündiger Debatte schritt um 5 Uhr Nachmittag der Parteitag zur Abstimmung. Der zu dem Thema: „Die allgemeine Stellung der Partei" gestellte Resolutionsantrag wurde im ersten Teile einstimmig angenommen. Derselbe lautet: Der nationalliberale Delegiertentag hält es unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen für besonders notwendig, die alten Grundsätze zu betonen: das Vaterland über der Partei; das allgemeine Wohl über allen Sonderinteressen; Unabhängigkeit nach rechts und links wie gegenüber der Regierung; volle Wahrung der konstitutionellen Rechte; Bekämpfung jedes Rückschritts und beharrliches Streben nach stetiger Fortentwickelung aller Einrichtungen des öffentlichen Lebens; entschlossene Vertretung alles dessen, was die Macht und Sicherheit des Reichs und der Schutz des Deutschtums gegen Uebergriffe und Anmaßungen, sei es von welcher Seite immer, fordert; kräftiges Eintreten für alle berechtigten Wünsche und Beschwerden des Volks.

Dem zweiten Teile der Resolution wurde dagegen mit großer Mehrheit zugestimmt: Die nationalliberale Partei bewahrt auf wirtschaftlichem Gebiete ihren Charakter als Mittelpartei und muß daher Forderungen zurückweisen, welche in einseitiger Berücksichtigung der Interessen eines Berufsstandes andere für den Staat gleich wichtige Berufsstände empfindlich zu schädigen oder die Grundlagen unserer Volkswirtschaft umzustoßen geeignet sind. Derartigen Bestrebungen entgegenzutreten, erachtet die nationalliberale Partei für ihre Pflicht, aber ebenso für die Pflicht jeder das Staatswohl allein zur Norm nehmenden Regierung.

Die Sitzung wurde sodann geschlossen. Morgen wird mit dem Thema: Gesetzgebung im Interesse des gewerblichen Mittelstandes, insbesondere Handwerksorganisation und Regelung des Lehrlingswesens (Berichterstatter Geh. Hofrat Professor Dr. Georg Meyer Heidelberg) die Sitzung eröffnet werden.

— Anarchisten-Abenteuer. Der Anarchist Machner, dessen Name in letzer Zeit, aus Anlaß seiner Inhaftierungen in Stettin, Kopenhagen und später wieder in Stettin, viel in der Presse genannt wurde, will auf seiner Reise und deren unfreiwilligen Unterbrechungen eine Anzahl interessanter Erlebnisse gehabt haben, über welche dem „Vorwärts" eine recht drastische Schilderung zugegangen ist. „Machner wurde auf dem Dampfer „Melchior" mit Polizeibegleitung von Kopenhagen nach Stettin zurückgebracht und hier von der Hermandad in Empfang genommen. Neben diversen anderen Abenteuern will nun Machner in Stettin auch eine Unterredung mit dem Herrn Polizeikommissar Bösel aus Berlin gehabt haben, in deren Verlauf der Beamte den Machner über seine Beziehungen und Parteifreunde auszuhorchen versuchte und ihn schließlich fragte, ob er (Machner) im Dienste irgend einer Behörde stehe. Weiter soll der Kommissar dem Machner angeboten haben, insofern in den Dienst der Polizei zu treten, als er nach London gehen und von dort gegen Bezahlung Berichte über die anarchistische Bewegung schicken sollte. Machner ging zum Schein auf den Vorschlag ein und will er sofort 10 Mk. erhalten haben, womit er die Reisekosten nach Berlin bestritt. Der Anarchist blieb in Berlin in Verbindung mit dem Kommissar, unterrichtete aber zugleich seine näheren Freunde von seinem Abenteuer. Letztere fabrizierten schließlich auch einen „Bericht" über die anarchistische Bewegung in Berlin, der dem Herrn Kommissar zuging und diesen sehr befriedigt zu haben scheint. Zu einem Rendezvous in der Fischkosthalle in der Ausstellung in Treptow, welches zwischen dem Kommissar und Machner verabredet war, hatte Letzterer auch mehrere seiner Freunde geladen, bei deren plötzlichem Auftauchen dann dem Kommissar erklärlicherweise die Lust verging, die Unterhaltung weiter fortzusetzen."

„Sind die Angaben Machners richtig," so bemerkt der „Vorwärts", „so verlangte der Kommissar in den Berichten Mitteilung wahrheitsgetreuer Thatsachen über den Stand der Bewegung und vor allem über die Anhänger der „Propaganda der That", unter ausdrücklicher Verwarnung, als agent provocateur thätig zu sein. Ueber die Berliner Anarchisten soll sich der Herr Kommissar wenig zufrieden gezeigt haben. Die Schreibweise des „Sozialist" sei nicht zweckmäßig, für ein Blatt, wie die seinerzeit in London erschienene „Autonomie" hätte, nach Machner, Herr Bösel mehr Respekt. Als Machner die Bemerkung machte, ob man denn die anarchistische Bewegung zu Grunde richten wolle, will er vom Herrn Kommissar die Antwort gehört haben: „Um Gottes willen nicht, da gäbe es ja für uns nichts mehr zu thun!" Machner weiß auch sonst noch manche interessante Einzelheit zu erzählen. Wie viel an der ganzen Darstellung Wahrheit, was Dichtung ist, werden wir wohl später vor Gericht erfahren, da der „Sozialist", der die Machnersche Affäre sehr eingehend darstellt, konfisziert worden ist."

Der „Vorwärts" erklärt, daß er in der fraglichen Nummer des „Sozialist" keine Stelle habe entdecken können, die zur Konfiskation berechtige, sodaß nur die Annahme bleibe, daß der Artikel über die unglücklichen Erlebnisse des Polizeikommissars Bösel zur Beschlagnahme Veranlassung gegeben hat.

— Stöcker will mit seinem „christlichen Sozialismus" hoffähig bleiben.

„Weder christlich noch sozial" ist es, so versichert der theure Gottesmann in seinem kleinen Wochenblättchen „Christlich-Sozial" gegenüber dem Herrn Göhre, sich lediglich auf den Standpunkt des vierten Standes zu stellen. „Man fühlt das auch auf jener Seite. Deshalb sagt man wohl, daß der vierte Stand heutzutage Alle umfasse, die unter der Herrschaft des Kapitalismus seufzen. Das ist aber gänzlich verkehrt. Denn danach gehörten ein überschuldeter Grundbesitzer, oder ein vom Börsentreiben und Großhandel übervorteilter Fabrikbesitzer, oder ein vom Großbetrieb geschädigter Handwerksmeister zum Proletariat; diese Männer würden sich aber vor dieser Einordnung in den vierten Stand bedanken. Eine solche grundfalsche Auffassung ist nicht sozial, sondern das Gegenteil davon; denn sie zerrüttet und verwirrt die Gliederung der Berufsstände und setzt an deren Stelle den bloßen Unterschied von Kapitalisten und Nichtkapitalisten. Daß es aber dahin nicht komme, wollen wir grade durch unsere sozialpolitische Arbeit an unserem bescheidenen Teile verhüten helfen."

Boshaft erinnert die Berliner „Volks-Zeitung" daran, daß ein konservativer Sozialpolitiker, H. W. Riehl, der schon Anerkennung gefunden hatte, da Stöcker noch als „Schäferhund Christi" die Lämmlein seiner Hürde hütete, noch ganz andere Leute als verkrachte Großgrundbesitzer zu den Proletariern rechnet, „von dem Premierlieutenant a. D., der sein Leben als Kognakreisender fristet, gar nicht zu reden. Nach Riehl gehört ein entlassener Hofprediger ebenfalls zu den Proletariern, auch wenn er sich täglich satt essen kann. Das sollte Stöcker doch wissen."

Das weiß Stöcker auch. Aber er denkt, daß ein solcher Proletarier doch vielleicht noch einmal von der Sonne der Hofgunst beschienen werden kann, während so etwas einem Proletarier des vierten Standes niemals passieren kann.

— Im hiesigen Stadtverordneten-Kollegium brachte Donnerstag der Genosse Singer die Angelegenheit der 70 ausgesperrten Gasarbeiter zur Sprache. Dieselben sind schon seit 1½ Wochen ausgesperrt, weil sie sich der Wiedereinführung der 18stündigen Sonntagsschicht widersetzen. Er schilderte in überzeugender Weise die Notwendigkeit, die 18stündige Arbeitsschicht des Sonntags zu beseitigen. Nichtsdestoweniger wollten sich die freisinnigen Herren der Versammlung um eine Besprechung des Antrages Singer drücken und wiesen darauf hin, daß die ausgesperrten Arbeiter das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen hätten. Man solle erst den Spruch des Gewerbegerichts abwarten. Letztere Ansicht drang durch, und der Antrag Singer, den Magistrat aufzufordern, ungesäumt Vorkehrungen zu treffen, wodurch die in den städtischen Gasanstalten übliche 18stündige Arbeitsschicht beseitigt wird, wurde kurzer Hand vertagt. Inzwischen können die 70 Ausgesperrten mit ihren Familien weiter hungern. So treibt die Reichshauptstadt Sozialpolitik. An ihr ist noch wenig davon zu merken, daß der überwiegende Teil der Berliner Bevölkerung aus Sozialdemokraten besteht. Hoffentlich wird das Gewerbegericht in der Lage sein, den Magistrat moralisch zu einer Erfüllung der Forderungen seiner Arbeiter nötigen zu können.

**Gießen,** 2. Okt. Die Ersatzwahl zum Reichstag wird allem Anschein nach Anfang November stattfinden. Laut Bekanntmachung des Kreisamtes liegen die Wählerlisten vom 8.—15. Oktober aus. Die einzelnen Parteien haben nunmehr mobil gemacht. Bis auf die Nationalliberalen haben die Parteien ihre Kandidaten nominiert und alle halten Versammlungen ab. Am Sonntag spricht hier der freisinnige Kandidat Professor Stengel. Wir Sozialdemokraten sind in dem freisinnigen Gießen obdachlos. Uns werden alle Säle verweigert. Das Kreisamt gestattet es auch nicht, daß der hiesige Gießener Anzeiger unseren Wahlaufruf als Annonce veröffentlicht.

**Tilsit,** 2. Oktober. Ein Kämpfer gegen die Sozialdemokratie. Vor dem Schwurgericht steht, des mehrfachen Meineids angeklagt, der ehemalige Polizeiverwalter Witschel, der schon früher vielfach die öffentliche Aufmerksamkeit auf sich gelenkt hat. (Sein Zwist mit dem Oberbürgermeister Thesing ist seiner Zeit auch ausführlich von uns behandelt worden.)

Witschel war ein Held im Kampfe gegen die Sozialdemokratie und hat mehr wie einmal „den Staat gerettet". Ein Beispiel aus seiner Vernehmung vor Gericht beweist das. Er sagte da: „Der Direktor des Stadttheaters kam um die Erlaubnis ein, „Die Weber" aufführen zu dürfen. Ich, fährt Witschel fort, verbot die Aufführung. Der Direktor bat, ihm doch die Aufführung zu gestatten, er werde alle anstößigen Stellen streichen. Ich erwiderte: Ich kenne das schon, es bleibt bei dem Verbot. Wir haben bis 1890 nicht einen einzigen Sozialdemokraten in Tilsit gehabt. Inzwischen sind Agitatoren aus Königsberg nach Tilsit gekommen und bei der Reichstagswahl 1893 wurden uns schon weit über 1000 sozialdemokratische Stimmzettel in die Urne geworfen. Sie, so bemerkte ich dem Theaterdirektor, haben „Die Weber" in Memel zur Aufführung gebracht. Sie sind dort vorher in die sozialdemokratischen Versammlungen und Kneipen gegangen und haben dort die Leute aufgefordert, ins Theater zu kommen. Ich kann also unter keinen Umständen die Aufführung gestatten. Gleich darauf traf ich den Oberbürgermeister. Dieser sagte zu mir: Sie haben die Aufführung der Weber verboten, das geht doch nicht, wir müssen die Aufführung gestatten. Ich erwiderte: Die Entscheidung über die Aufführung habe ich, und ich kann die Aufführung eines Stückes nicht gestatten, das der Sozialdemokratie Vorschub leistet. Der Oberbürgermeister versetzte: Was sich Seine Majestät der Kaiser in Berlin gefallen lassen muß, müssen wir uns auch gefallen lassen. Bedenken Sie doch, Tilsit ist eine freisinnige Stadt, was soll die Bürgerschaft, was soll die Stadtverordnetenversammlung dazu sagen. Ich erwiderte: Das soll mir sehr gleichgiltig sein, ich gestatte die Aufführung um so weniger, da auch der Herr Landrat damit einverstanden ist."

Bei dieser Gelegenheit spitzten sich die Gegensätze in Tilsit immer mehr zu, es kam zu gerichtlichen Entscheidungen, und dabei leistete der Ordnungsmann Witschel die Meineide, wegen deren er jetzt vor Gericht steht.

Folgende Episode ist noch zu bezeichnend für den Mann

und für die in der dortigen Gegend durch ihn herbeigeführten Zustände, als daß wir sie unseren Lesern vorenthalten sollten:

Witschel: Ich betone noch, daß ich stets, sobald eine größere sozialdemokratische Versammlung stattfand, selbst das Kommando übernahm. Ich hätte die Ueberwachung ebenso gut meinen Beamten überlassen können, ich ging jedoch selbst in die Versammlungen, postierte in entsprechender Weise meine Beamten und instruierte sie dahin: sobald ich auflöse, sollen sie sich sofort sämtlich in die Mitte des Lokals begeben, von dort aus erfolgt alsdann der Angriff. Eines Abends war eine sozialdemokratische Versammlung nach dem Nachbarort Neusorge einberufen. Als ich hinauskam, kam mir ein Polizeisergeant mit der Meldung entgegen: Herr Stadtrat, heute geht's los, die Sozialdemokraten haben schon fünfmal geschossen, um zu zeigen, daß sie bewaffnet sind. Ich erwiderte: Das soll uns nicht im geringsten genieren. Es giebt keinen schöneren Tod, als für Seine Majestät den Kaiser und König zu sterben, sei es im Kampfe gegen den äußeren oder den inneren Feind. Ich begab mich gleich darauf in die Versammlung und postierte meine Beamten in die verschiedenen Ecken des Saales.

Nach der Zeugenvernehmung erklärten die ärztlichen Sachverständigen übrigens sämtlich, der Angeklagte leide an fortschreitender Paralyse und entbehre der freien Willensmeinung. W. wird demnach vermutlich nicht ins Zuchthaus kommen.

Er, der im Jahre 1891 nach dem Urteil des preußischen Ministeriums wegen Fälschung einer katasteramtlichen Karte ꝛc. sich der Achtung, die sein Beruf erfordert, nicht würdig erwiesen und deshalb mit Dienstentlassung und 600 Mark Ordnungsstrafe bestraft wurde, war berüchtigt deshalb, weil er ganz harmlose Verfolgte ohne Gnade und Barmherzigkeit der brutalen russischen Polizei auszuliefern pflegte.

— 3. Oktober. In dem Prozeß Witschel bekundeten heute die ärztlichen Sachverständigen, daß der Angeklagte verhandlungsfähig und im stande sei, seine Verteidigung zu führen. Der Staatsanwalt beantragte, die Schuldfrage im vollen Umfange der Anklage zu bejahen, die Verteidiger beantragten die Freisprechung. Die Geschworenen verneinten beide Schuldfragen. Daraufhin wurde der Angeklagte freigesprochen und sogleich in Freiheit gesetzt. Die Kosten des Verfahrens wurden der Staatskasse auferlegt.

Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn ein geisteskranker Mensch freigesprochen wird. Traurig nur ist es, daß derselbe Mann Jahre lang auf einem so verantwortungsvollen Posten gestanden hat. Dies ist aber, wie auch der Fall Brausewetter zeigt, nur deshalb möglich, weil die „Schneidigkeit" so sehr beliebt nach oben hin ist, ja sogar, direkt als Empfehlung wirkt, während sie oft doch nichts weiter als der Ausfluß einer Gehirnkrankheit ist.

## Aus dem Auslande.

**Oesterreich-Ungarn.** In den Kohlenbezirken von Duz und Brüx ist ein großer Streik ausgebrochen. Aus den Telegrammen läßt sich kein richtiges Bild über die wahre Sachlage gewinnen. Jedenfalls sind an dem Ausstand mehrere Tausend Mann beteiligt. Da aber die Streikenden unorganisiert sind, so ist es sehr fraglich, ob derselbe längere Lebenskraft haben wird. Natürlich ist schon Militär gegen die Streikenden aufgeboten worden.

**Spanien.** Das Feuer des Aufstandes auf den Philippinen frißt langsam, aber unaufhaltsam weiter, und wenn halbamtlich aus Madrid gemeldet wird, die „allgemeine Lage in Manila habe sich gebessert", so ist das, bemerkt die „Voss. Ztg.", eine völlig nichtssagende Redensart, die mit allen bisherigen Nachrichten über die Entwicklung der Dinge auf den Philippinen im Widerspruch steht. Die Sorge, diese Kolonie zu verlieren, ist in Spanien größer als man nach außen merken lassen will, denn man kann sich je länger, je weniger der Erkenntnis verschließen, daß es sich diesmal um etwas ganz anderes als eine der früheren Meutereien handelt. Ein genauer Kenner der Philippinen, Prof. Ferdinand Blumentritt, schildert in Aufsätzen, die er in der „Oesterreichischen Monatsschrift f. d. Orient" und im „Globus" veröffentlicht, die Verhältnisse wie folgt:

Als Japan nach seinem glorreichen Kriege mit China als ein den europäischen Großmächten ebenbürtiger moderner Staat dastand, so mußte dies auf den Philippinen umsomehr Eindruck machen, als dort dank den Irrtümern spanischer Geographen und Schriftsteller die Meinung herrschte, die Japaner wären auch zur malayischen Rasse zu zählen und demgemäß Brüder der Philippiner, eine Meinung, welche dadurch eine anscheinende Bestätigung erhielt, daß thatsächlich die Mestizen und Tagalen durch ihre mongolische Blutbeimengung vielfach in ihren Gesichtszügen an die Japanesen erinnern. Wenn man bedenkt, daß die Altspanier die Indier (so nennen die Spanier die philippinischen Malayen) beständig „Anthropoiden", „Geschöpfe von beschränktem Verstande" u. dgl. schimpften und ihnen die Fähigkeit absprachen, jemals den Grad spanischer Kultur zu erreichen, so kann man sich lebhaft es vorstellen, daß auf einmal in die Philippiner ein ganz eigenes Gefühl eigener Wertschätzung kam, als sie merkten, daß ihre „anthropoiden Brüder", die Japaner, es zu einer solchen nie geahnten Größe gebracht hätten. Von dem Augenblick dieser Erkenntnis an begann bei den Philippinern ein Enthusiasmus für Japan sich zu entwickeln, der immer größere Dimensionen annahm, so daß allmählich der Gedanke an Europa, an Spanien immer mehr und mehr in den Hintergrund trat. Bis zum chinesisch-japanischen Kriege hatte in Madrid ein Blatt, die „La Solidaridad", die Interessen der Philippiner im allgemeinen und die Partei der Assimilisten im speziellen vertreten. Unter Assimilisten haben wir jene Philippiner zu verstehen, welche die Vertretung der Kolonie im spanischen Parlament und die Einführung moderner Reformen im Archipel anstrebten. Diese Zeitung ging allmählich ein, sie hatte offenbar ihre Leser, ihre Abonnenten verloren; man hatte es auf den Philippinen aufgegeben, auf das Mutterland zu hoffen. Dagegen entstand in Japan eine in tagalischer Sprache erschienene Zeitung, die nichts mehr von Spanien wissen will, sondern die Lossreißung des Archipels vom Mutterlande predigte. Weiter wurden in dieser Zeitung die Japaner als Muster den Philippinern vorgestellt und gegen das Christentum sogar in heftigster Weise losgezogen; kurz, nicht bloß für die Trennung von Spanien Propaganda gemacht, sondern auch die Absage dem Europäismus gegeben, der Asiatismus wurde als Trumpf ausgespielt. Also nicht der Separatismus allein, sondern auch die Solidarität der Interessen der Ostasiaten sind die bewegenden Ideen der philippinischen Revolution.

Der europäische Handel, der zum großen Teil in deutschen Händen liegt wird, so meint obengenanntes Blatt, bei dem Heimfall der Philippinen an Japan fortan unter wesentlich schwierigeren Bedingungen zu arbeiten haben als bisher, und auf die Dauer wohl ganz außer Wettbewerb gesetzt werden. Die außerordentlich reichen Naturschätze des Archipels sind bisher kaum erforscht, geschweige denn in Ausnutzung genommen, der größte Teil der Inseln ist heute noch Urwald, in ihrem Schoße bergen sie Kohle, Gold und Kupfer. Die Japaner werden es verstehen, diese Schätze zu erschließen, besser als die Spanier, welche die Inseln lediglich als Versorgungsanstalt für Beamte, Mönche und Militärs betrachten, den Fremden aber durch eine schwerfällige Gesetzgebung die gründliche Erschließung der natürlichen Hilfsquellen des Landes unmöglich machen.

## Parteinachrichten.

**Genosse Reichstagsabgeordneter Meister in Hannover** ist nun bereits zum dritten Male vor den Untersuchungsrichter geladen, um als Angeschuldigter vernommen zu werden. Die Ladungen erfolgten zum 25. und 28. September und die letzte zum 3. Oktober. Das Bemerkenswerteste aber ist, daß in jeder der Vorladungen der Passus enthalten ist: „Im Falle Ihres Ausbleibens wird Ihre Vorführung erfolgen!" Genosse Meister denkt natürlich gar nicht daran, der Vorladung Folge zu geben, und es fragt sich nun, ob der Herr Untersuchungsrichter es wagen wird, seine Androhung, die gegen die den Reichstagsabgeordneten gesetzlich gewährleistete Immunität verstößt, wahr zu machen.

**Zur Frauenagitation.** Zur wirksamen Agitation für die sozialdemokratische Arbeiterinnenbewegung wird die Buchhandlung „Vorwärts" die in letzten großen Frauenversammlungen zu Berlin gehaltenen vortrefflichen Referate in Broschürenform herausgeben. Dieselben erscheinen Ende nächster Woche unter dem Titel: „Frauenfrage und Sozialdemokratie" von Lily Braun und „Sittlichkeit, Prostitution und Frauenfrage" von Klara Zetkin. Um den Reden die weiteste Verbreitungsmöglichkeit zu geben, wird der Preis aufs niedrigste bemessen werden.

## Aus der Stadt und Nachbarschaft.

Bielefeld, 5. Oktober.

— **In der Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins** am Sonnabend Abend in der „Centralhalle" hielt Herr Rechtsanwalt Heine einen interessanten Vortrag über den gewerblichen Arbeitsvertrag. Zahlreiche Fragen, welche sich an den Vortrag knüpften, bewiesen, wie notwendig die Genossen noch Belehrung auf dem Gebiete der Gewerbeordnung haben. Sehr verbreitet ist z. B. unter den Arbeitern immer noch der Glaube, daß während der ersten 14 Tage sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer berechtigt sind, den Arbeitsvertrag sofort, ohne Kündigung, einseitig aufzuheben. Es wurde demgegenüber vom Referenten festgestellt, daß nichts davon in der Gewerbeordnung steht, daß im Gegenteil von dem Augenblick an, wo das Arbeitsverhältnis begonnen hat, die 14tägige Kündigung Geltung hat, wenn nichts anderes ausdrücklich ausgemacht ist. Zum dritten Punkt gab der Kassierer die Vierteljahrsabrechnung und auf Antrag der Revisoren wurde ihm Decharge erteilt. Es wurde noch angeregt, die Prozesse vor dem Gewerbegericht regelmäßig im Verein zu besprechen, dieser Antrag jedoch zurückgezogen, nachdem Genosse Slomke klargelegt hatte, daß dies Sache der Gewerkschaften sei; Genosse Schumann erklärte, daß das Gewerkschaftskartell schon Schritte nach dieser Richtung hin gethan habe. Die gut besuchte Versammlung schloß mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

— **Für Rekruten.** Die nächstens zu ihren Truppenteilen abgehenden Rekruten seien darauf aufmerksam gemacht, daß sie, sofern sie der Invaliditäts- und Altersversicherung unterliegen, ihre Quittungskarten gut aufzuheben haben, da sie beim späteren Wiedereintritt in eine versicherungspflichtige Beschäftigung diese wieder haben müssen. Wer dies unterläßt, hat sich entstehende Nachteile selbst zuzuschreiben.

— **Polizeiliche Nachrichten.** Der Maler Karl Lenz aus Lauenburg in Hinterpommern schlug Freitag Nachmittag um 4 Uhr an dem Hause des Kaufmanns Ruben hier, Heeperstraße wohnhaft, mit einer Kohlenschaufel 10 Fensterscheiben (im Gesamtwerte von 30 Mark) ein. Lenz war von Ruben zum Einkellern von Kohlen gedungen worden und mit ihm in Betreff der Zentnerzahl in Differenzen geraten. Lenz wurde in Haft genommen. — Dem Handelsmann Adam Richardt aus Niederbexen wurden in der Nacht zum 2. d. M. von einem Wagen, den er vor der Wirtschaft zum Hellingskrug in Schildesche hatte stehen lassen, 300 Stücke Torf entwendet. Als Diebe sind bereits mehrere Schüler von hier, im Alter von 10 bis 13 Jahren, an der Herforder- und Finkenstraße wohnhaft, in deren elterlichen Wohnungen größere Mengen Torf vorgefunden wurden, ermittelt worden.

---

**Olfen,** 1. Okt. Der Arbeiter Franz Bußmann, ein alter, in ärmlichen Verhältnissen lebender Mann, war auf dem Felde beschäftigt den letzten Rest seines Getreides einzufahren. Er stand hierbei auf dem Vorderteil des Wagens, als die vor Letzteren gespannte Kuh plötzlich anzog. Bußmann herabfiel und das Genick brach. Der sofort herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod konstatieren.

**Münster,** 2. Okt. Ein schweres Unglück ereignete sich gestern in der Nähe von Münstermann auf der Hammerstraße. Der Fuhrmann Meier, wohnhaft Schillerstraße, stürzte vom Pferde und geriet unter die Räder seines Fuhrwerkes. Zwei Räder gingen dem Bedauernswerten über den Kopf, sodaß er sofort verschied. M. hinterläßt Frau mit zwei Kindern. (M. A.)

**Dortmund,** 1. Oktober. (Einbruchsdiebstahl) Vergangene Nacht ist auf der Zinkhütte ein frecher Einbruchsdiebstahl ausgeführt worden. Abgesehen war es auf den Geldschrank der Kasse in dem Kontorgebäude. Durch zahllose Hiebe mit ihren Spitzhacken haben die Diebe den Geldschrank demoliert und fast vollständig gesprengt. Die Diebe müssen von irgend einer Seite gestört sein oder sich gestört gefühlt haben, denn sie haben kurz vor der vollständigen Sprengung des Geldschrankes die Arbeit eingestellt und das Weite gesucht. Es nimmt Wunder, daß die Spitzbuben, die bei ihrer stundenlangen, das größte Getöse verursachenden Arbeit ungehört und auch ungestört geblieben sind.

**Lüdenscheid,** 1. Oktober. (Jagd-Unglück.) In Gesellschaft mehrerer Jäger von hier war der Bautechniker Hugo Dominici, der seine Ferien im elterlichen Hause verlebte, als Zuschauer mit zur Jagd gegangen. Als die Gesellschaft sich zum Frühstück auf dem Felde niedergelassen hatte, sprang der mitgenommene Hund gegen eine an einen Baum gelehnte Jagdflinte, diese entlud sich im Fallen, und von der Ladung tötlich in die Brust getroffen, brach der junge Dominici zusammen.

## Gerichtliches.

** **Bielefeld,** 3. Okt. Strafkammer. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor Löher. Vertreter der Staatsanwaltschaft: Assessor Reichartz. — Der Kolon Friedrich Kiel zu Löhne ist angeschuldigt, im Juli und August d. Js. seine Ehefrau wiederholt in brutaler Weise mißhandelt und diese sowie auch deren Vater, welcher ihr zu Hilfe gekommen, mit dem Totschlage bedroht zu haben. Es handelt sich um bestimmte Vorfälle; da aber seine Ehefrau und deren Vater kein Zeugnis ablegen wollen, so giebt die Verhandlung nur ein abgeblaßtes Bild von den Rohheiten des Angeklagten. Es kann nur ein einzelner Fall festgestellt werden und erhielt der A geklagte hierfür vier Monate Gefängnis. — Die Haushälterin Wittwe Karoline Schlensker zu Bröderhausen war am 14. August d. Js. vom Schöffengericht zu Lübbecke wegen gefährlicher Körperverletzung mit 2 Monaten Gefängnis bestraft, wogegen sie Berufung eingelegt hat, die aber als unbegründet verworfen wurde. — Der Kaufmann Fritz Selle zu Bielefeld, über dessen Vermögen am 21. Januar d. Js. das Konkursverfahren eröffnet war, hatte es unterlassen, die Eröffnungs- und Jahresbilanz zu ziehen. Der Gerichtshof erkannte gegen ihn auf 1 Tag Gefängnis. — Der inhaftierte Former Hermann Heinemann aus Magdeburg, ein wiederholt rückfälliger und mit schweren Strafen belegter Dieb, ist geständig, seinem Mitarbeiter und Schlafgenossen eine Taschenuhr im Werte von 20 Mark gestohlen und für vier Mark versetzt zu haben. Das Urteil lautete diesmal gegen ihn auf 1 Jahr Zuchthaus, 3 Jahre Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht. — Wegen schwerer Mißhandlung und Bedrohung seiner Ehefrau war der Bergmann Wilhelm Plöger zu Meißen vom Schöffengericht zu Minden mit 7 Monat Gefängnis bestraft. Hiergegen hatte der Angeklagte Berufung eingelegt, welche aber verworfen wurde.

## Gewerkschaftsbewegung.

**In Köln** war am Freitag Termin vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts in Sachen des Streiks der Spinner der Kölner Baumwollspinnerei und Weberei. Es kam noch nicht zum Friedensschluß. Wie dem „Vorwärts" aus Köln mitgeteilt wird, steht die Beilegung der Differenzen aber bereits für Montag in Aussicht. Die angestrebte Verkürzung der Arbeitszeit werden die Arbeiter wahrscheinlich durchsetzen.

Nach der „Köln. Volks-Zeitung" scheiterte am Freitag der Vergleich daran, daß die Fabrikverwaltung sich weigerte, drei Streikende wieder einzustellen, die wegen angeblicher Mißhandlung von Streikbrechern verhaftet worden sein sollen.

**Aus Buenos-Ayres,** der Hauptstadt des südamerikanischen Staates Argentinien, wird geschrieben:

Seit drei Wochen stehen die Werkstätten-Arbeiter der Eisenbahn-Hauptlinien, sowie der Gießereien und mechanischen Werkstätten von Buenos-Ayres, La Plata, Rosario ꝛc. in heißem Kampfe um den Achtstundentag. Der Unternehmerverband, der sich der unbedingtesten Unterstützung der Behörden erfreut, hat nun beschlossen, um den Widerstand der Arbeiter jetzt oder später zu brechen, Arbeiter aus Europa heranzuziehen. Durch Bekanntgabe der hier gezahlten Löhne soll das erreicht werden. Da die Veröffentlichungen der Unternehmer aber nur dann Erfolg haben dürften, wenn die Arbeitsverhältnisse in falschem Lichte geschildert werden — denn die Löhne z. B. sind hier wegen des niedrigen Kurses des Papiergeldes und infolge dessen wegen der Teuerung der Lebensmittel nicht besser, sondern schlechter als in Europa — so werden alle europäischen Arbeiter im eigenen wie im Interesse der hiesigen Arbeiter eindringlich gewarnt, sich durch Verlockungen hiesiger Kapitalisten zur Auswanderung verleiten zu lassen. Bei der Hartnäckigkeit, womit sich das hiesige Unternehmertum namentlich in den gegenwärtigen Lohnkämpfen, an denen zehntausende von Arbeitern teilnehmen, selbst der geringfügigsten Verbesserung der Arbeitsverhältnisse widersetzt, ist zu erwarten, daß nichts unversucht gelassen wird, um ein stärkeres Zuströmen europäischer Arbeiter herbeizuführen, obgleich dadurch an dem Ausgang der gegenwärtigen Streiks nichts mehr geändert werden dürfte. Um so nötiger ist es daher, daß unserer Warnung an die europäischen Arbeiter die weiteste Verbreitung gegeben wird. Wir bitten deshalb die gesamte europäische Arbeiterpresse um Abdruck des vorstehenden.

Der Metallarbeiter-Verband in Buenos-Ayres.
Im Auftrag: J. Feldmann, Ramon Potau.

## Kirche und Schule.

**Mehr Knechtseligkeit** kann man von „Bildung und Besitz" nicht verlangen. Die „Grenzboten" schreiben: In dem Jahresbericht eines Gymnasiums wird über einen Besuch des Direktors berichtet, welcher lautet: „Am 28. September 1894 wurde der Direktor von Seiner kaiserlichen und königlichen Hoheit dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Karl Ludwig Allerhuldvollst zur Audienz zugelassen, um den unterthänigsten und ehrerbietigsten Dank für die Allergnädigste Entgegennahme des X. Gymnasialjahresberichts gehorsamst zu unterbreiten. Seine kaiserliche und königliche Hoheit geruhten, den ehrfurchtsvollsten Dank in gnädigster Weise entzegenzunehmen, den Direktor eingehend über die Entwickelung und alle Verhältnisse der Schule huldvollst zu befragen und zu dem dermalen erreichten Zustande des Gymnasiums zu beglückwünschen und endlich Höchstseinen gelegentlichen gnädigsten Besuch der Lehranstalt huldreichst in Aussicht zu stellen. Am Ende der über eine Viertelstunde währenden Audienz geruhten Seine kaiserliche und königliche Hoheit, dem Direktor gnädigst die Hand zu reichen und die huldvollste Versicherung Höchstseiner weiteren Gewogenheit auszusprechen." — Wenn die Schüler dieses Direktors nicht Prachtexemplare an Mannesstolz und Gelehrtenwürde werden, dann ist ihnen nicht zu helfen.

## Militärisches.

**Französische Militärjustiz.** In Brest stand am 23. September vor dem See-Kriegsgericht (die See-Kriegsgerichte sind in nichts wesentlichem von den Land-Kriegsgerichten unterschieden) ein Marinesoldat Morignac, 20 Jahre alt, gebürtig aus Paris. Er war der Insubordination oder richtiger: der unpassenden Sprache gegen seinen Sergeanten angeklagt. Dieser hatte ihn zu Nachübungen kommandiert. Nachdem Morignac eine Stunde lang im Kasernenhofe Geschwindschritt hatte machen müssen, erklärte er dem Sergeanten: „Ich verweigere nicht den Gehorsam, aber ich kann nicht weiter marschieren. Ich habe eine Geschwulst am Fuße!" Der Sergeant sagte: „Marschieren Sie weiter!" Morignac wiederholte: „Ich kann nicht." Sofort wurde er in Militär Arrest gebracht. Der Arzt stellte die Geschwulst fest und ließ Morignac als dienstuntauglich vom Dienste dispensieren.

Dies alles wurde vor dem Gerichtshof bekundet und dargethan. Das Kriegsgericht verurteilte Morignac zu einem Jahr Gefängnis und verweigerte ihm mildernde Umstände!

Dieses Urteil, das auch von den konservativen Blättern nicht verteidigt wird — die von uns erzählten Umstände sind amtlich bestätigt — hat in Frankreich einen solchen Sturm der Entrüstung hervorgerufen, daß die ohnehin starke Bewegung gegen das Militär-Strafverfahren mächtig gefördert worden ist und die Frage der Reform des Militär-Strafprozesses die Kammer jedenfalls in der nächsten Tagung beschäftigen wird.

## Wissenschaft und Technik.

**Eigentümlicher See.** Die Insel Kildin, 69° 20 Min. nördlicher Breite und 32° östliche Länge von Paris, nicht weit von der Stadt Kola im russischen Gouvernement Archangels gelegen, zeichnet sich nach den Untersuchungen von Benukoff durch ganz sonderbare Wasserverhältnisse aus. Die Insel besteht zum wesentlichen aus Granit und ist durch eine schmale Meerenge vom Festland getrennt. Ein Teil der Oberfläche von Kildin wird von einem See eingenommen, der eine unterirdische Verbindung mit dem Meere haben muß, da die Bewegungen der Ebbe und Fluth in ihm deutlich, wenn auch nur in geringem Umfang wahrnehmbar sind. Es hat sich nun herausgestellt, daß dieser See drei verschiedene Arten von Wasser enthält: oben süßes Wasser, herrührend vom Regen und von einigen Bächen, darunter salziges Wasser, wie das Meer, und endlich am Boden ein Meerwasser, das Schwefelwasserstoff enthält, der von dem schlammigen Grunde entwickelt wird. Die Tiere, welche diesen eigentümlichen See bevölkern, teilen sich, der Tiefe entsprechend, scharf in Süßwasser- und Seewassertiere, und der Grund des Sees entbehrt jedes lebenden Bewohners, ebenso wie die ganze unterste Wasserschicht, welch das lebensgefährliche Gas enthält.

## Vermischtes.

**Durch den Zusammensturz** eines Teils der Holzverkleidung wurden in der Kleophas-Grube bei Kattowitz am Mittwoch Abend eine Anzahl Arbeiter verschüttet, einer getötet und vier verletzt.

**Hannover,** 2. Oktober. Heute wurde der Arbeiter Dräger wegen Mordes, begangen am 12. Juli an dem Maschinenmeister Arend von der chemischen Fabrik in Linden, nach zweitägiger Verhandlung vom Schwurgericht zum Tode verurteilt.

### Quittung.

Zur Agitation im Wahlkreise Bielefeld-Wiedenbrück sind mir übergeben: Bei der Einweihung des neuerbauten Saales des Wirts Apenbrink 3,65 Mk.

Paul Reichenbach, Kreis-Vertrauensmann

### Aufforderung!

Es stehen noch mehrere Sammellisten vom Dürkoppschen Streik aus, um deren Ablieferung hiermit dringend ersucht wird.

Bruno Schumann, Vorsitzender des Gewerkschaftskartells.

**Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.**

## Landespolizeiliche Anordnung

betreffend

**die Beaufsichtigung der außerhalb der Vieh- und Pferdemärkte sowie der öffentlichen Schlachthäuser zusammengebrachten Viehbestände, der Viehställe u. s. w. durch beamtete Tierärzte.**

Auf Grund des § 17 des Viehseuchengesetzes (Reichsgesetzblatt 1894 S. 410 fg.) und des § 7 des Preußischen Ausführungsgesetzes vom 12. März 1881 (G.-S. S. 128) bestimme ich, daß außer den Vieh- und Pferdemärkten, sowie den öffentlichen Schlachthäusern bis auf weiteres der Beaufsichtigung durch beamtete Tierärzte auch unterliegen

1) die von Unternehmern behufs öffentlichen Verkaufs in öffentlichen oder privaten Räumlichkeiten zusammengebrachten Viehbestände,
2) die öffentlichen Tierschauen,
3) die auf obrigkeitliche Anordnung veranlaßten Zusammenziehungen von Pferde- und Viehbeständen,
4) die Ställe der Viehhändler,
5) die Gastställe und
6) die privaten Schlachthäuser (Schlachtereien).

Zum Vieh (Tieren) im Sinne dieser Verordnung gehören Pferde, Rindvieh, Schweine und Schafe.

Die Beaufsichtigung ist in den Fällen zu Nr. 1 bis 3 eine regelmäßige, in den Fällen zu Nr. 4, 5 und 6 eine von Zeit zu Zeit zu wiederholende.

Die Kosten der Beaufsichtigungen fallen nach § 24 des oben genannten Ausführungsgesetzes in Verbindung mit § 7 des preußischen Ausführungsgesetzes vom 18. Juni 1894 (G.-S. S. 115) vorbehaltlich der Bestimmung im § 27 des ersteren, den Unternehmern zur Last und werden in Ermangelung gütlicher Einigung von mir festgesetzt werden.

Die Anordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung im Amtsblatte in Kraft.

Minden, den 20. Juli 1896.

**Der Regierungs-Präsident.**
(gez.) v. Arnstedt.

## Gewerkschafts-Kartell.

**Montag, den 5. Oktober, abends ½9 Uhr:**

## Sitzung

beim Wirt **Kahl** am Kesselbrink.

**Tagesordnung: Rechnungslegung über die stattgefundenen Streiks.**

2448] **Der Vorstand.**

**Wir senden 8 Tage zur Probe:**

| | | |
|---|---|---|
| **Rastermesser,** feinste Schneidefähigkeit . . . | per Stück Mk. | 1,75 |
| **Streichriemen** zum Schärfen . . . . . | „ „ „ | 1,— |
| **Schärfpasta** zum Auftragen . . . . . | „ „ „ | 0,50 |
| **Rasterpinsel** zum Einseifen . . . . . | „ „ „ | 0,50 |
| **Etuis** für 1 Rasiermesser, hochfein . . . . | „ „ „ | 0,15 |
| **Scheeren,** bester Stahl, 18 cm lang, feinste Schneidefähigkeit . . . . . | „ „ „ | 0,90 |
| **Brotmesser,** Schneide 15 cm lang, bester Stahl und Schneidefähigkeit . . . . . | „ „ „ | 0,90 |
| **Tafelmesser und Gabeln,** feine Ware aus nur gutem Stahl, passend für jeden Haushalt, Preis ½ Dtz. Messer und Gabeln . . . | „ „ „ | 3,75 |

gegen Nachnahme, und verpflichten uns, nicht gefallendes innerhalb 8 Tagen nach Empfang per Nachnahme des sämtlich ausgelegten Geldes retour zu nehmen, sodaß dem Besteller kein Pfennig Kosten entstehen.

**Kirberg & Comp., Gräfrath bei Solingen.**

**Eigene Fabrikation feiner Messerwaren.** [2269

Umsonst verlange Jedermann unseren reichhaltigen Preis-Katalog über Messerwaren, Scheeren, Schuß-, Hieb- und Stichwaffen.

Neu erschienen:

## Die Freimaurerei.

Ihre Geschichte, Thätigkeit
und innere Einrichtung
von Joh. Fassenbach.

**Preis 40 Pfg.** **Preis 40 Pfg.**

Durch die Buchhandlung der „Volkswacht" zu beziehen.

**Broschüren, Statuten** liefert schnell und sauber Buchdruckerei „Volkswacht".

**Arbeiter- Turnverein „Vorwärts".**

Dienstag, den 6. Oktober:

**General-Versammlung.**

Tagesordnung im Lokal.

Um zahlreiches Erscheinen wird dringend ersucht. [2518*

**Der Vorstand.**

Wohne jetzt [2496*

**Rohrteichstr. 24**

gegenüb. d. Hengstenbergschen Fabrik

**H. Landwehr,**
Schneidermeister.

**Wohne jetzt**

**Teutoburgerstr. 16.**

**Frau Korte,**
Hebamme.

2513*]

**Neu!** Celluloid- **Neu!**

## Portraits

von

**Bebel, Liebknecht, Lassalle**

in geschmackvoller Ausführung sind zum Preise von

**10 Pfennig à Stück**

zu haben in der

**Buchhandlung Volkswacht.**




Zu beziehen durch die **Buchhandlung der Volkswacht.**

**Die 99 Hauptfragen der Unfall-Versicherung.**

Nach amtlichem Material
**volkstümlich erörtert**
und erklärt für die Arbeiter.

**Preis 25 Pfg.**

Vorrätig in der Buchhandlung „Volkswacht".

## Geschäfts-Verlegung.

Dem werten Publikum von Bielefeld und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich mein

**Schuhwarenlager und Maßgeschäft**

nach meinem neuerbauten Hause **Große Kurfürstenstraße 67,** vis-à-vis der Seidenfabrik Delius u. Söhne, verlegt habe.

**Reparaturen,** auch bei mir nicht gekauften Waren, werden prompt und billig ausgeführt. Hochachtungsvoll

2464* **Louis Höke.**

Durch die **Buchhandlung „Volkswacht"**, Bielefeld, Schulstraße 20, ist das folgende im Erscheinen begriffene sehr empfehlenswerte Lieferungswerk zu beziehen:

Aus

## Leben und Wissenschaft

Gesammelte

## Vorträge und Aufsätze

von

**Dr. A. Dodel**

Ord. öffentl. Professor an der Universität Zürich.

**Komplett in 24 Lieferungen à 20 Pfg. = 4,80 Mk.**

Der dem Verfasser sowie dem Verleger J. H. W. Dietz in Stuttgart häufig geäußerte Wunsch, die hochinteressanten Vorträge und Aufsätze durch eine Lieferungs-Ausgabe einem größeren Publikum zugänglich zu machen, soll durch die Herausgabe derselben unter obigem Titel erfüllt werden.

Das Ganze ist in drei Teile geteilt mit folgendem

**Inhalt.**

Erster Teil: **Leben und Tod.** Illustriert. Zum ersten Mal veröffentlicht (ca. 20 Bogen).

Zweiter Teil: **Bauer, Arbeiter, Wissenschafter. — Konrad Deubler,** ein Bauernphilosoph. — **Vom Weib.** Seine soziale Stellung und seine Befähigung. — **Ueber die ältere Natur-Betrachtung und die neuere Natur-Betrachtung.** (17 Bogen.)

Dritter Teil: **Moses oder Darwin?** Eine Schulfrage. (11 Bogen.)

Am Schlusse seiner Worte zur Einführung des Werkes sagt der Verfasser folgendes:

Ich hoffe, der Leser dieser Vorträge und Aufsätze aus Leben und Wissenschaft wird unschwer den roten Faden erkennen, welcher sich von Anfang bis zu Ende durch das ganze Buch hinzieht. Der Leser wird auch alsbald erkennen, daß wir bei der neuen Weltanschauung ganz wohl unsere Rechnung finden in Sachen innerer Glückseligkeit. Die innere Glückseligkeit darf fürderhin nicht mehr blos Erbteil einiger weniger sein, sondern sie soll uns muß Gemeingut aller werden. Das arbeitende, das schaffende Volk hat den ersten Anspruch auf die Wohlthaten wissenschaftlicher Erkenntnis.

Demselben arbeitenden, schaffenden Volk sei dies Buch gewidmet!

Soeben ist erschienen und vorrätig in der **Buchhandlung „Volkswacht"**, Schulstraße 20:

## Die Gewerkschaften

und die

## Sozialdemokratie.

**Kritischer Bericht über die Lage und die nächsten Aufgaben der deutschen Arbeiterbewegung.**

Von **Parvus.**

**Preis 40 Pfennig.**

Die kleine Broschüre ist eine ernste Mahnung an die Arbeiter, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Aus der Lage des Weltmarkts, hervorgerufen durch die russische Hungersnot, den chinesisch-japanischen Krieg, die amerikanische Krise und die enorme Steigerung der Goldproduktion, begründet der Verfasser eine aufsteigende Sturm- und Drangperiode des Kapitalismus, welche mit dem Zusammenbruch der kapitalistischen Produktion in Europa enden wird. Dieser gewaltigen Entwickelung des Kapitals gegenüber müssen die Arbeiter sich vorsehen und vor allem bei Zeiten durch Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation sich auf den gewerkschaftlichen Kampf vorbereiten.

So viel wissenschaftliches Material das Buch enthält, so leicht verständlich ist es geschrieben.

**Buchhandlung „Volkswacht".**

**Schulfreies zuverlässiges Mädchen**

auf ganze Tage für leichte Arbeit sofort gesucht. [2519*

**Carl Amediek,** Goldstraße 12.

## Notizbücher

in verschiedenen Größen sind zu haben in der

Buchhandlung „Volkswacht".

Beim

**Standesamt Bielefeld**

sind eingetragen

vom 28. Septbr. bis 3. Okt. 1896:

Geburten (zusammen 26).

Söhne (17): Verwaltungsgehilfe Heinrich Vollmer, Kaufmann Gustav Bosmerbäumer, Lithograph Bernhard Temming, Zimmermeister Hermann Brior, Tischler August Köhring, Tischler Wilhelm Schürmann, Schlosser Wilhelm Fohrmann, Arbeiter Wilhelm Klemme, Buchdruckereibesitzer Ernst Siedhoff, Postassistent Hermann Thöne, Zigarrenmacher Friedrich Kransmann, Zigarrenmacher August Lütgert, Reisender Georg Wittkop, Buchbinder Louis Müller, Maurermeister Hermann Walkenhorst, Schmied Wilhelm Dröge, Heizer August Brinkmann.

Töchter (9): Tischler Hermann Glitscher, Damastweber Heinrich Bergmann, Arbeiter Michael Müller, Arbeiter Wilhelm Pankoke, Lehrer Heinrich Niebuhr (Zwillinge), Tischler August Holtkamp, Arbeiter Heinrich Klemme, Anstreicher Ludwig Vogt.

Todesfälle (12):

Arbeiter Wilhelm Tiemann, 57 J. Tischler Friedrich Hüttemann, 24 J. Ehefrau Friederike Vollmer, 29 J. August Vollmer, 5 Minuten. Luise Ostmann, 2 Mon. Frieda Tobstek, 1 Mon. Johannes Pusch, 7 Mon. Adolf Kassing, 2 Monate. Witwe Friederike Heidemann, 69 J. Arbeiterin Luise Tünnermann, 16 J. Ernst Rondeck, 6 Mon. Clara Tubbesing, 3 Jahre.

Aufgebote (15 Paare).

Schlosser Gustav Puls und Emilie Obermann, Werkmeister Karl Vogt und Katharine Kaps, Arbeiter Gustav Rüter und Auguste Wiechert, Kaufmann Friedrich Modersohn und Dorothee Brokmann, Maler Heinrich Speckmann und Marie Walkenhorst, Tischler Heinrich Wittler und Friederike Rosenthal, Metallarbeiter Wilhelm Sieweke und Johanne Freudenau, Schlosser Heinrich Böker und Marie Sperl, Kutscher August Heienbrock und Witwe Luise Brackmann geb. Heidemann, Dreher Wilhelm Butenuth und Auguste Niedermeier, Schneider Wilhelm Striethörster und Auguste Ellerbrock, Maurer Hermann Luft und Pauline Gnegeler, Arbeiter Wilhelm Vogelsang und Johanne Bendiks, Schlosser Ludwig Burkard und Marie Schreiber, Metzger Viktor Moris und Wilhelmine Seeger.

Eheschließungen (13 Paare).

Amtsgerichtssekretär Johann Herrmann und Elisabeth Herrmann, Photograph Wilhelm Schmidt und Anna Rüdiger, Schneider Wilhelm Wöhrmann und Marie Uschpilkat, Kaufmann Karl Pleitgen und Emma Kamp, Schlosser Hermann Walkenhorst und Henriette Vogelreuter, Feilenhauer Hermann Griese und Elise Obloh, Arbeiter Wilhelm Höke und Katharine Puls, Arbeiter Dietrich Leweke und Marie Gilbracht, Schlosser Friedrich Bieper und Elisabeth Fust, Sattler Ferdinand Schwake und Katharine Rabenschlag, Zuschneider Hermann Wichmann und Emma Hüttemann, Schuhmacher Gustav Bokermann und Wilhelmine Otterpohl, Arbeiter August Wehmann und Witwe Hanne Klemme geb. Brockmann.